

Der Fusionsmotor wird gestartet

Neuer Anlauf Wiedervereinigung beider Basel kann auf breit gefächerten Rückhalt zählen

VON MORITZ KAUFMANN
UND MICHAEL NITTAUS

Die Vision wird konkret: ein wiedervereinigter Kanton Basel, eine Versöhnung von Stadt und Land. Der Verein für eine Kantonsfusion beider Basel stellte gestern eine Volksinitiative in Aussicht, die das Ziel hat, die Trennung Basels von 1833 rückgängig zu machen. Dabei greifen die Initianten ganz bewusst auf die Symbolik der Geschichte zurück: Am 3. August wird in beiden Basel mit der Unterschriftensammlung begonnen – dem Jahrestag der Schlacht auf der Hülfenschanz. Der blutige Mini-Bürgerkrieg von damals ist noch immer tief im Basler und Baselbieter Gedächtnis eingebrannt.

«Das ist ein Mammutprojekt», sagt der Basler LDP-Politiker Hans-Rudolf Bachmann, der Teil der Arbeitsgruppe ist, die den Initiativtext ausarbeitet, und die Initiativkomitees – je eines für Stadt und Land mit rund 30 Mitgliedern – zusammenstellt. Ende Juli werden die Komitees und der Initiativtext in den Amtsblättern publiziert. Geht alles nach Bachmanns Plan, könnte die Fusion 2022 abgeschlossen sein. Die Baselbieter Regierung rechnet allerdings frühestens 2025 damit (siehe Artikel rechts).

Ein langer und komplizierter Weg

Die Initianten machen es sich nicht einfach; das wissen sie selber: «Es ist ein umständlicher Weg», sagt Bachmann. Die Initiative, über die abgestimmt werden soll, verlangt nämlich nicht eine sofortige Wiedervereinigung, sondern eine entsprechend lautende Teilrevision der Verfassungen der beiden Halbkantone. Sofern die Initiative in Stadt und Land zustande kommt und beide Halbkantone Ja sagen, würde ein Verfassungs-

rät eine neue Verfassung für den gemeinsamen Kanton ausarbeiten. Anschliessend käme es noch einmal zu einer Volksabstimmung im Baselbiet und in der Stadt – es wäre der endgültige Entscheid: Ja oder Nein zu einem neuen alten Kanton Basel.

«Das ist das vernünftigste Vorgehen», begründet der begeisterte Wiedervereiniger Bachmann, «wir haben das mit Staatsrechtsexperten abgeklärt. Man muss die Absicht zuerst in der Verfassung verankern.»

Komitee aus fast allen Lagern

Das Dach des historischen Vorhabens bildet das sechsköpfige bikantonale Co-Präsidium eines Unterstützungskomitees mit ge-

wichtigen Namen aus Stadt und Land. Die Initianten achteten darauf, dass in der Wiedervereinigungslokomotive Leute aus möglichst vielen Gesellschaftsbereichen sitzen: die ehemalige Basler Regierungsrätin Barbara Schneider, der ehemalige Baselbieter Regierungsrat Peter Schmid, der heute den Fachhochschulrat der FHNW präsidiert, der Basler Arbeitgeberpräsident Marc Jaquet, die Baselbieter alt Nationalrätin Kathrin Amacker, Avo-Session-Präsident Matthias Müller und der CEO der Endress und Hauser Gruppe, Klaus Endress. Grosse Namen aus Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft – explizit aber nicht aus der aktiven Politik. Diese sitzen dann in den beiden Initiativkomitees.

Der frisch gewählte Liestaler Stadtpräsident Lukas Ott, der mit Bachmann in der Arbeitsgruppe sitzt, verspricht vollmundig: «Die

Komitees sind sehr breit abgestützt. Die rund 60 Namen stehen zu 95 Prozent fest.» Sie kämen aus allen relevanten Parteien in Land und Stadt – mit

einer Ausnahme: der Baselbieter SVP. Und dass weder Handelskammer noch Baselbieter Wirtschaftskammer oder Basler Gewerbeverband bis jetzt dabei sind, kommentiert Ott trocken: «Wir müssen nicht um jeden Preis alle bereits zum Auftakt ins Boot holen.» Im Hintergrund liefen aber noch zahlreiche Gespräche.

Warten auf die Simulation

Eine Fusion nicht in Angriff nehmen, sondern bloss simulieren, möchte ein hängiger Vorstoss von CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider. Entgegen früheren Aussagen können die Gesamtregerungen beider Basel aber nicht mehr im Sommer ihre Antwort vorlegen. Wie Landschreiber Alex Achermann der bz bestätigt, genügte den Regierungsräten die gemeinsame Sitzung am vergangenen Dienstag nicht. **Weitere Gespräche müssten folgen**, um die Simulation «seriös» zu beraten. Das nächste Treffen der beiden Regierungen folgt allerdings **erst im September** – und auch dass dieses reicht, sei keineswegs sicher. (MN)

Kommentar

von Hans-Martin Jermann



Neue Impulse sind nötig

■ *Offen und gelassen: So blicken Basler Politiker von links bis rechts der neuen Initiative für eine Fusion von Stadt und Land entgegen. Weshalb auch soll 43 Jahre nach der letzten Volksabstimmung diese Diskussion nicht neu lanciert werden? Die Region hat sich seither stark verändert. Die funktionale Stadt hat sich ausgedehnt und deckt sich längst nicht mehr mit den politischen Grenzen. Eine Tatsache, die nicht «nur» nach verstärkter Zusammenarbeit ruft, sondern auch die Kantonsfusion als Angelegenheit erscheinen lässt, die die Beteiligten pragmatisch anpacken können.*

Die Chancen der Initiative sind gering. Dennoch macht es Sinn, nun Unterschriften zu sammeln. Die Fusions-Initiative könnte neuen Schwung in die bilateralen Beziehungen bringen, die zuletzt (Stichwort: Theater-Abstimmung) von Abwehrreflexen und Schuldzuweisungen geprägt waren. Nötig ist, dass die geforderte Fusionssimulation durchgeführt wird: Wie würde ein Kanton Basel in den Grundzügen aussehen? Hätte er auf nationaler Ebene mehr Gewicht? Wie wirkt sich eine Wiedervereinigung finanziell auf die Stadt, aufs Land und auf gemeinsam getragene Institutionen aus?

Es lohnt sich, diese Fragen à fond und vorurteilsfrei zu untersuchen. Die Simulation führt nicht zwangsweise zur Fusion. Im Gegenteil: Sie könnte die Basler Begeisterung dämpfen, sollten sich aus städtischer Perspektive Nachteile ergeben. Das ist freilich kein Argument gegen die jüngsten Bestrebungen. Im derzeit verknorzten Verhältnis von Stadt und Land ist unsere Region auf neue Impulse angewiesen – die Fusions-Initiative und die Forderung nach einer Simulation sind solche.

Die Basler Politik zeigt sich offen

Gelassenheit So kontrovers die Wiedervereinigung im Baselbiet diskutiert wird, so gelassen schaut man in Basel einem möglichen neuen Kanton Basel entgegen. «Die FDP hat – so weit ich mich erinnern kann – alle Vorstösse unterstützt, die in Richtung Wiedervereinigung laufen», sagt FDP-Präsident Daniel Stolz. Er geht davon aus, dass der neue Versuch, Stadt und Land zu verschmelzen, in seiner Partei unbestritten ist. Ganz allgemein rechnet Stolz mit guten Chancen für die Initiative.

Auch die CVP breitet die Arme in Richtung Baselbiet aus. Vizepräsident Lukas Engelberger betont, dass ein geeinter Kanton Basel Teil des Parteiprogramms sei. Aber wie stehen die Chancen? «In Basel-Stadt ein bisschen besser, im Baselbiet ein bisschen schwieriger», meint Engelberger. Er glaubt aber, dass die ewige Diskussion um die roten Zahlen im

Baselbieter Budget dem Anliegen im Landkanton Schub verleiht.

Noch nicht über das Anliegen diskutiert hat man bei den Basler Sozialdemokraten. «Wir suchen eine gemeinsame Haltung mit der SP Basel-Land», betont Vizepräsidentin Beatriz Greuter. Doch sagt sie auch: «Grundsätzlich ist man in der SP eher dafür.» Angst vor einem neu bürgerlich dominierten Kanton Basel hat sie jedenfalls keine. «Das kennt man ja auch aus Kantonen wie Zürich oder Bern, wo die Städte eher links sind, aber das Land bürgerlich ist.»

Nicht einig präsentiert sich die SVP. Während der eine Vizepräsident Eduard Rutschmann kritisch ist, ist der andere Vizepräsident Lorenz Nägelin ein Verfechter der Wiedervereinigung: «Das ist eine Vision, die man unbedingt weiterverfolgen muss.» Nägelin engagiert sich deshalb auch im Pro-Komitee. (MKF)

Im Baselbiet war Kritik schon grösser

Gegenwind Während in Basel-Stadt wenig Widerstand gegen eine Kantonsfusion zu erwarten ist, blüht der Initiative in Baselland zumindest von einer Seite Gegenwind. «Ich bin überzeugt, dass in unserem Kanton eine Mehrheit gegen eine Fusion ist», sagt Oskar Kämpfer. Der Präsident der Baselbieter SVP befürchtet zwar im Landrat eine Niederlage, nicht aber beim Volk. «Bevor man solche Initiativen lanciert, sollte erst einmal das

Volk befragt werden – dann könnte man sich diese Aktion sparen.»

Kein gutes Haar lässt Kämpfer an der Zusammensetzung des Unterstützungskomitees: «Breit abgestützt nenne ich das nicht.» «Nur zwei der sechs Mitglieder im Co-Präsidium sind Linke. Die Gegner sollten ihren Realitätssinn nicht verlieren», antwortet Grünen-Landrat Klaus Kirchmayr. Kämpfer glaubt derweil, dass die Initianten zumindest die Han-

delskammer beider Basel (HKbB) gerne an Bord gehabt hätten. Lukas Ott vom Trägerverein gibt hier noch nicht auf: «Die Handelskammer braucht wohl noch etwas Zeit. Ich gehe aber immer noch davon aus, dass sie die Initiative grundsätzlich unterstützt.» Dies, weil die Initiative nur

die Grundlagen erarbeiten solle, es also noch nicht blindlings um ein Ja oder Nein zur Fusion gehe. HKbB-Sprecherin Martina Hilker kann nur so viel garantieren: «Wir sitzen sicher nicht in den Initiativkomitees, die Ende Juli präsentiert werden.»

Die Baselbieter Wirtschaftskammer

möchte sich derweil erst äussern, wenn der Initiativtext bekannt ist. Direktor Hans Rudolf Gysin, selbst überzeugter Fusionsgegner, überrascht aber mit seiner persönlichen Einschätzung: «Ich bin mir nicht sicher, ob die Mehrheit der Baselbieter an der Urne Nein sagen würde.» (MN)

Der lange Weg zu einem geeinten Kanton Basel

Chronologie Grünen-Landrat Klaus Kirchmayr fragte vergangenen Herbst die Baselbieter Regierung an, sämtliche nötigen Schritte einer Kantonsfusion aufzuzeigen. Ende Januar legte diese einen Zeitplan vor, der eines klarmacht: Bis Baselland und Basel-Stadt tatsächlich fusionieren können, gibt es weit mehr Hürden zu nehmen als ein einmaliges Ja der Baselbieter und Basler Bevölkerung:

- **2012/13:** Die Fusionsinitiativen werden in beiden Basel eingereicht und in den Parlamenten behandelt.
- **2013/14:** Volksabstimmungen in Baselland und Basel-Stadt.

- **2014/15:** Wird die Initiative in beiden Kantonen angenommen, müssen die entsprechenden Fusionsartikel durch die Bundesversammlung gewährleistet, will heissen bestätigt werden.

- **2015/16:** Der gemeinsame Verfassungsrat wird gewählt und konstituiert.

- **2015/16 bis 2018/19:** Die neue Kantonsverfassung wird ausgearbeitet. Dazu auch wichtige Gesetze oder Grundzüge der Gesetzgebung. In Kommissionen und im Verfassungsrat wird alles beraten.

- **2020/21:** Die neue Kantonsverfassung kommt in beiden Kantonen zur Abstimmung.

- **2021/22:** Die Bundesversammlung gewährleistet die neue Kantonsverfassung.

- **2022/23:** Nationale Abstimmung von Volk und Ständen über die entsprechende Änderung der Bundes-

verfassung.

- **2023/24:** Parlament und Regierung des neuen Kantons werden gewählt. Die wichtigsten Gesetze beziehungsweise die Übergangsordnung wird erlassen.

- **2025/26:** Der neue Kanton tritt offiziell in Kraft.

Die Baselbieter Regierung orientiert sich bei diesem Zeitplan am Ablauf des – gescheiterten – Wiedervereinigungsprozesses in den 1960er-Jahren. Allerdings benötigte der Verfassungsrat damals statt deren drei ganze acht Jahre, um die Verfassung zu beraten. Dies, weil er auch schon die Grundzüge der Gesetzgebung erarbeiten musste. Der obige Zeitplan kann natürlich auch durch Beschwerden und juristische Verfahren verzögert oder durch speditiveres Arbeiten beschleunigt werden. (MN)